

Antrag

der Abgeordneten Zaklin Nastic, Ali Al-Dailami, Sevim Dağdelen, Dr. Gregor Gysi, Andrej Hunko, Cornelia Möhring, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Keine Bundeswehrsoldaten nach Litauen – Deeskalation ist das Gebot der Stunde

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die sicherheitspolitische Lage in Europa verschlechtert sich seit Jahren massiv. In den letzten Monaten hat sich der Prozess angesichts der Debatte um einen NATO-Beitritt der Ukraine derart beschleunigt, dass sogar offen und laut über eine Kriegsgefahr in Europa zwischen der NATO und Russland sowie zwischen der Ukraine und Russland gesprochen wird.
 2. Die Ukraine hat in den letzten Monaten laut russischer Seite über 100.000 Soldaten und schwere Waffen an der Frontlinie zum Donbass zusammengezogen. Westlichen Stellungnahmen zufolge hat Russland seinerseits über 100.000 Soldaten und Großwaffensysteme in die Nähe der Ukraine verlegt. Hinzu kommen Manöver auf beiden Seiten: Ein laufendes weißrussisch-russisches und demnächst erneut das von den USA geführte jährliche Manöver „Defender“ in Osteuropa. In beider Rahmen werden zumindest temporäre zusätzliche personelle und materielle Verlegungen in die Nähe der Kontaktlinien zwischen Russland und Weißrussland auf der einen sowie der Ukraine und der NATO auf der anderen Seite vollzogen, was die Gefahr von Zwischenfällen erhöht.
 3. Die Bundesregierung beabsichtigt ihrerseits, die 500 in Litauen stationierten Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr um rund 350 weitere Kräfte aufzustocken. Ziel ist eine Verstärkung des deutschen Anteils an der Enhanced Forward Presence Battlegroup in Litauen.
 4. In den Hauptstädten Europas und in Washington laufen politische und diplomatische Gespräche auf Hochtouren – bislang ohne sichtbaren Erfolg. Weitere Verlegungen von Truppen untergraben jedoch die Bemühungen um Entspannung. Insbesondere Deutschland sollte aus historischen Gründen, aber auch als möglicher vermittelnder Akteur, keinen Beitrag dazu leisten, die angespannte Lage durch eigene Truppenaufstockungen weiter zu verschärfen.

- II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,
1. keine personelle und materielle Aufstockung der in Litauen stationierten Bundeswehr vorzunehmen und die Bundeswehr insgesamt aus Litauen abzuziehen;
 2. selbstbewusst in der Europäischen Union und in der NATO die Initiative zu ergreifen, um Grundlagen für einen Entspannungsprozess zwischen der NATO und Russland zu schaffen. Dazu gehören bilaterale und multilaterale Gesprächsforen, unter anderem im Rahmen der OSZE, unter Einschluss Russlands;
 3. eine souveräne und neue Sicherheitsarchitektur für Europa anzustreben und sich in einem ersten Schritt für die Einrichtung eines militärfreien Sicherheitskorridors zwischen den osteuropäischen NATO-Mitgliedstaaten und der Russischen Föderation einzusetzen.

Berlin, den 15. Februar 2022

Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion